

## Hinweise zur Abgabe einer freiwilligen Verpflichtungserklärung

Mit der Abgabe einer Verpflichtungserklärung gemäß §§ 66 ff. Aufenthaltsgesetz vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950) übernimmt der sich Verpflichtende für den ausländischen Gast die Erstattung aller öffentlichen Mittel, die

- für seinen Lebensunterhalt
- für seine Versorgung mit Wohnraum
- für seine Versorgung im Krankheitsfalle
- für seine Versorgung bei Pflegebedürftigkeit
- für seine evtl. anfallenden Rückführungskosten

entstehen, wenn diese Mittel in Anspruch genommen werden müssen.

Für die Abgabe einer Verpflichtungserklärung muss der sich Verpflichtende die nachstehend aufgeführten Unterlagen vorlegen, die nach Einsichtnahme wieder ausgehändigt werden und erklären, dass er keine weiteren Verpflichtungen abgegeben hat.

1. Einkommensnachweis über das monatliche Nettoeinkommen (Gehaltsbescheinigung bzw. Bescheinigung des Steuerberaters)
2. Kindergeldnachweis
3. Nachweis über monatliche Ausgaben des Verpflichtungsgebers (z.B. Mietbescheinigung, Belastungen bei Hauseigentum, Nebenkosten, ggf. Schuldennachweis, Versicherungen, Unterhaltsverpflichtungen etc.)
4. Bundespersonalausweis, Reisepass bzw. Nationalpass bei ausländischen Mitbürgern
5. Reisekrankenversicherung für den Aufenthalt von bis zu drei Monaten (Mindestdeckung 30.000 Euro). Erkennt die Deutsche Auslandsvertretung eine bereits im Ausland abgeschlossene Reisekrankenversicherung an, kann hierauf verzichtet werden.
6. 25 Euro Gebühren

### Ferner werden unbedingt die nachstehenden persönlichen Daten des Gastes benötigt:

|   |
|---|
| Name / Nom / Surname  |
| Vorname(n) / Prénom(s) / First name   |
| Geburtsdatum und Geburtsort / Né(e) le/à / Date and place of birth  |
| Staatsangehörigkeit / Nationalité / Nationality   |
| Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport No.   |
| wohnhaft in / Adresse / Address   |
| Verwandtschaftsbeziehung mit dem Antragsteller / Lien de parenté avec le demandeur / Family relationship to applicant   |
| und folgende sie/ihn begleitende Personen, <b>nur Ehegatten</b> <sup>(3)</sup> / accompagné(e) de son conjoint <sup>(3)</sup> / accompanied by his or her spouse <sup>(3)</sup> |
| <b>und Kinder</b> <sup>(3)</sup> / accompagné(e) de ses enfants <sup>(3)</sup> / accompanied by children <sup>(3)</sup>   |
| voraussichtliches Datum der Einreise / Date prévue de l'entrée / Expected date of entry   |

Ausländerbehörde / Auslandsvertretung: .....

**Erklärung des Verpflichtungsgebers vor der ABH / AV  
zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

**vom:** .....

**Nr.:** .....

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

**1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

**2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen**

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltswitzweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

### **3. Vollstreckbarkeit**

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

### **4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden: .....

Datum, Name, Vorname